

# Verzerrtes Bild



**Einkommen.** Wie viel Geld im Monat auf dem eigenen Konto landet, kann wohl so ziemlich jeder sagen. Deutlich schlechter sind die Bundesbürger aber darin, sich im deutschlandweiten Einkommensgefüge einzuordnen. Dabei tendieren sowohl jene Menschen mit einem hohen als auch solche mit einem niedrigen Einkommen dazu, sich selbst in der Mittelschicht zu verorten. Warum das so ist, erläutern die IW-Einkommensforscher Judith Niehues und Maximilian Stockhausen im iwd-Interview. Mit Blick auf die neue Bundesregierung warnen sie davor, die Einkommen noch stärker zu belasten. —> [Seiten 2-5](#)

## Viertagewoche

Eine generelle Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich hätte nach Ansicht der Unternehmen in Deutschland deutlich mehr negative als positive Effekte.

—> [Seiten 8-9](#)

## Pflegeversicherung

Die Politik muss die demografischen Herausforderungen im Pflegesektor angehen – etwa, indem sie digitale Innovationen fördert, die die Pflegekräfte entlasten.

—> [Seiten 12-13](#)

# Die Suche nach der Mitte

**Einkommen.** Wer in Deutschland zu welcher Einkommensschicht gehört, hängt im Wesentlichen von der jeweiligen Haushaltsgröße und der Erwerbstätigkeit ab. Eine neue IW-Studie zeigt, wo die Grenzen zuletzt verliefen.

Die Mittelschicht – Politiker nutzen diesen Begriff gern, weil sich damit sehr viele Menschen angesprochen fühlen. Studien haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sich – zu Recht oder nicht – knapp drei Viertel der Bundesbürger selbst mindestens der Mittelschicht zuordnen.

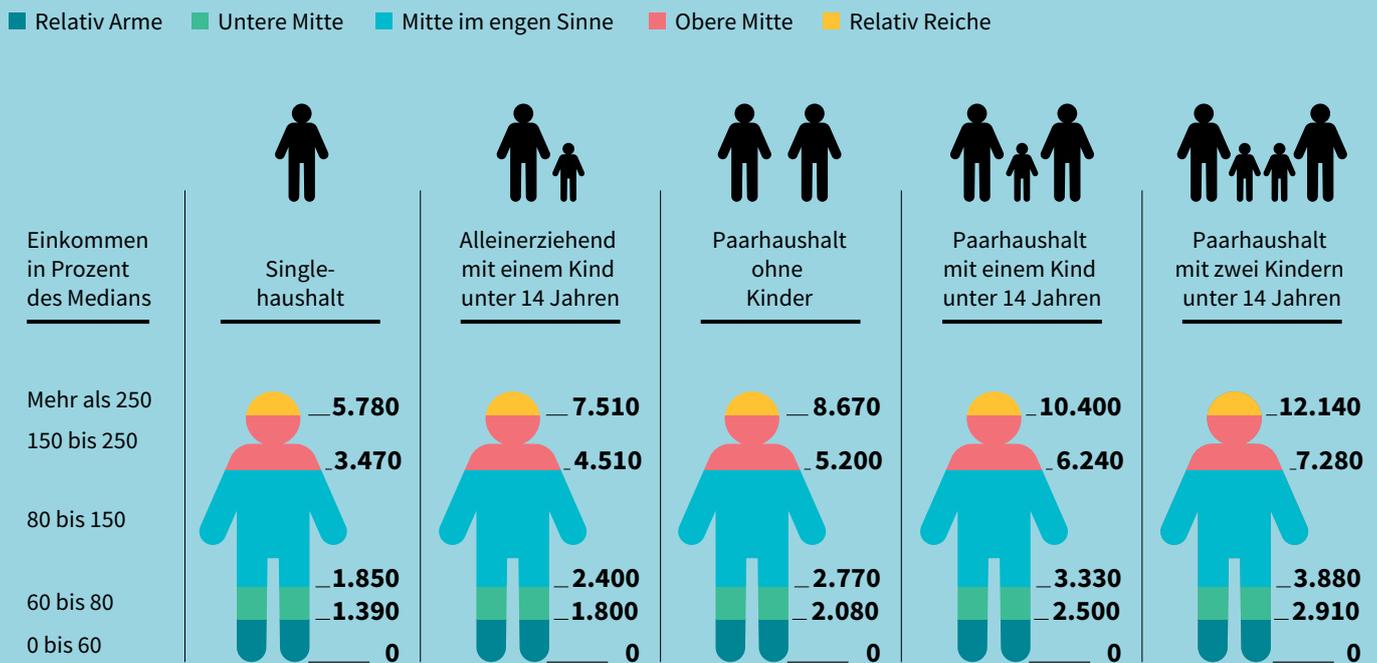
Zuletzt sahen sich 2023 in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften knapp 56 Pro-

zent als Teil der Mittelschicht im engen Sinn, weitere 17 Prozent fühlten sich der oberen Mittelschicht zugehörig. Doch glauben heißt nicht wissen. Von daher ist es sinnvoll, die Mittelschicht klar einzugrenzen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat anhand verschiedener Kriterien insgesamt fünf Einkommensschichten definiert und wie folgt abgegrenzt:

## Einkommen: Zu welcher Schicht gehöre ich?

Zuordnung der Haushaltstypen in Deutschland nach ihrem Nettoeinkommen im Jahr 2022 in Euro



Median: Die Hälfte der Bevölkerung hat ein höheres, die andere Hälfte ein niedrigeres Einkommen

Quellen: EU-Kommission, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

- Relativ arm ist, wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens – die Hälfte der Menschen verdient mehr, die andere weniger – zur Verfügung hat.
- Die untere Mittelschicht beginnt bei 60 Prozent des Medianeinkommens und endet bei 80 Prozent.
- Die Mittelschicht im engeren Sinn verfügt über 80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens.
- Wer ein Nettoeinkommen von 150 bis 250 Prozent des Medians hat, gehört zur oberen Mittelschicht.
- Haushalte mit einem Einkommen von mehr als 250 Prozent des Medians zählen zu den relativ Reichen.

Laut der europäischen Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen lag das mittlere bedarfsgewichtete Nettoeinkommen, welches berücksichtigt, dass das Leben mit mehreren Menschen in einem Haushalt günstiger ist, als wenn jemand allein lebt, in Deutschland im Jahr 2022 – neuere Mikrodaten liegen nicht vor – bei monatlich 2.312 pro Person. Davon ausgehend lassen sich die Einkommensgrenzen für verschiedene Haushaltstypen bestimmen (Grafik Seite 2):

**Eine alleinstehende Person musste 2022 zwischen 1.850 Euro und 3.470 Euro im Monat netto zur Verfügung haben, um zur Mittelschicht im engen Sinn zu gehören.**

Für ein Paar mit zwei Kindern unter 14 Jahren lagen die Einkommensgrenzen bei 3.880 Euro und 7.280 Euro. Insgesamt zählten dem IW-Konzept zufolge im Jahr 2022 knapp 48 Prozent der Bundesbürger zur eng definierten Mittelschicht (Grafik).

In die Gruppe der relativ Reichen sortierte sich ein Alleinstehender mit einem monatlichen Nettoeinkommen jenseits von 5.780 Euro ein. Für einen Paarhaushalt ohne Kinder galt das ab 8.670 Euro.

**Unterm Strich waren im Jahr 2022 gemäß der IW-Abgrenzung etwas weniger als 4 Prozent der Bundesbürger relativ gesehen einkommensreich.**

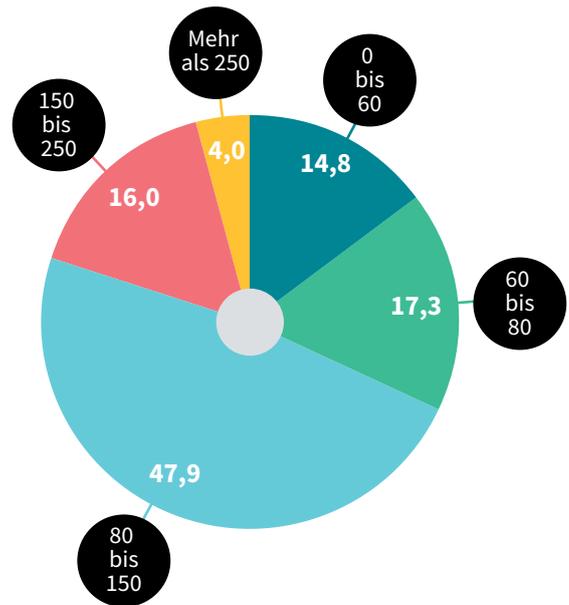
Hier weichen die objektiv gemessenen Werte deutlich von den gefühlten ab: Im Jahr 2019 schätzten Befragte im sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung den Anteil der Reichen in Deutschland auf 25 Prozent.

Am anderen Ende der Skala befinden sich von relativer Armut bedrohte Haushalte. Hierzu gehörten im Jahr 2022 Singles mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1.390 Euro. Für Alleinerziehende mit einem Kind unter 14 Jahren lag die entsprechende Armutsgefährdungsschwelle bei 1.800 Euro im Monat, für Paarhaushalte mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei einem Nettoeinkommen von weniger als 2.910 Euro im Monat. Insgesamt galten demnach knapp 15 Prozent der Bundesbürger als von relativer Armut bedroht.

### Die meisten sind Mittelschicht

So viel Prozent der Menschen in Deutschland gehörten im Jahr 2022 dieser Einkommensschicht an

- Relativ Arme
- Untere Mitte
- Mitte im engen Sinne
- Obere Mitte
- Relativ Reiche
- Einkommen in Prozent des Medians



Median: Die Hälfte der Bevölkerung hat ein höheres, die andere Hälfte ein niedrigeres Einkommen  
 Quellen: EU-Kommission, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2025 IW Medien / iwd



Am besten vor finanzieller Not schützt nach wie vor ein Vollzeitjob:

**Weniger als 6 Prozent der Vollzeitbeschäftigten zählen zur Gruppe der relativ Armen.**

Auch bei Paarhaushalten mit Kindern, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, ist das Armutsrisiko mit weniger als 4 Prozent gering.

Auffällig hoch ist das Armutsrisiko für alleinlebende Rentner. In dieser Gruppe liegen 27 Prozent unterhalb der entsprechenden Einkommensgrenze. Allerdings geben armutsgefährdete Rentner im Vergleich zu jüngeren Armutsgefährdeten seltener an, unerwartet anfallende Ausgaben nicht aus eigenen Mitteln bestreiten zu können. Sie scheinen demnach ihr Armutsrisiko teilweise durch angespartes Vermögen kompensieren zu können.

#### IW-Kurzbericht 29/2025

Judith Niehues, Maximilian Stockhausen: Wer zählt zur Mittelschicht?

**Interview.** Die Ökonomen **Judith Niehues** und **Maximilian Stockhausen** forschen im IW seit Jahren zum Thema Einkommen. Im iwd-Interview sprechen sie über den deutschen Pessimismus, ihre Erwartungen an die kommende Bundesregierung und darüber, warum viele Menschen die Einkommensverteilung falsch einschätzen.

# „Die meisten wollen der Gruppe der Reichen nicht angehören“

**Die Menschen liegen in ihren Einschätzungen zur Einkommensverteilung oft daneben. Wie erklären Sie sich diese verzerrte Wahrnehmung?**

**Niehues:** Dafür gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze. Was man aber auf alle Fälle sagen kann, ist, dass sich viele vor allem innerhalb der eigenen Peer Group vergleichen. Das heißt, wenn zum Beispiel Akademiker häufig mit anderen Akademikern zu tun haben, bekommen sie das Gefühl, in ihrer sozialen Gruppe einkommenstechnisch in der Mitte zu stehen. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung haben sie aber schon ein höheres Gehalt und würden demnach zu einer höheren Einkommensgruppe gehören.

Ein ähnliches Muster ist auch am unteren Ende der Einkommensverteilung zu erkennen. Wenn ärmere Menschen dort leben, wo viele andere Arme leben, dann vergleichen sie sich mit dieser Gruppe und haben oftmals das Gefühl, ein typisches Einkommen zu haben, obwohl sie in Wirklichkeit deutlich unter dem Durchschnitt liegen. Hinzu kommt, dass Menschen grundsätzlich die Tendenz haben, sich in Befragungen eher in der Mitte einzuordnen.

**Gibt es noch andere Gründe für diese Fehleinschätzung?**

**Stockhausen:** Ich denke, die Menschen sind grundsätzlich zu wenig darüber informiert, wie die Einkommen in Deutschland tatsächlich verteilt sind. Und dann übertragen sie eben ihre Erfahrungen aus dem eigenen Umfeld auf alle, was so aber natürlich unzulässig ist.

Ein Ziel von uns ist es deshalb, hier mehr Transparenz zu schaffen. Mit unserem Einkommensrechner möchten wir dafür sorgen, dass die Menschen ein besseres Empfinden dafür bekommen, wo sie eigentlich mit ihren Haushaltseinkommen stehen.

**Auch die Einschätzungen dazu, wer reich ist, treffen selten ins Schwarze. Reich sind außerdem meistens die anderen. Stichwort: Friedrich Merz.**

**Niehues:** Das Thema Reichtum ist speziell. Wenn wir über Reiche sprechen, wird das in Deutschland oft mit Eigenschaften verbunden, die vielleicht nicht so erstrebenswert sind. Dieser Gruppe will man mitunter nicht angehören, man möchte lieber Teil der großen Gemeinschaft sein und zählt sich dann eher zur Mittelschicht oder zur oberen Mittelschicht.

**Stockhausen:** Das Beispiel von Friedrich Merz, der sich in der Mittelschicht verortet, ist ein sehr spezieller Fall. Als Politiker möchte

man mit solchen Aussagen demonstrieren, dass man einer aus der Mitte des Volkes ist und weiß, wo die Probleme dieser Leute liegen.

Ich könnte mir grundsätzlich vorstellen, dass diese Abwehrhaltung, sich selbst zu den Reichen zu zählen, in anderen Ländern – zum Beispiel den USA – geringer ist.

**Woran könnte das aus Ihrer Sicht liegen?**

**Stockhausen:** In den USA unterstreicht und wertschätzt man viel stärker den Aufstieg und den Erfolg einer Person, Stichwort Selfmade-man. Es gibt eher die Kultur, Erfolg anzuerkennen. Entsprechend präsentieren sich Menschen mit ihrem Geld als Ausdruck des Erfolgs nach außen, um von der Gesellschaft gesehen und wertgeschätzt zu werden. Das ist bei uns etwas anders. Wir gehen da eher in eine Verteidigungsposition und reden Dinge klein.

**Um Einkommen wird in Deutschland häufig ein großes Geheimnis gemacht. In anderen Ländern wie Schweden kann jeder sehen, was der Nachbar verdient. Ist das ein Grund für so viele falsche Annahmen hierzulande?**

**Niehues:** Die Tendenz, sich selbst eher der Mitte zuzuordnen, habe ich bisher in den Daten aller Länder gesehen, mit denen ich mich be-



Fotos: IW Medien

schäftigt habe. Bei der Frage, wie sich die Bevölkerung auf verschiedene Schichten verteilt, sind die Skandinavier aber tatsächlich realistischer. Ob es hier einen Zusammenhang zwischen Transparenz und Einschätzung gibt, müsste man untersuchen.

**Die Mittelschicht ist laut Ihren Erkenntnissen stabil und robust. Die Grundstimmung im Land ist jedoch eine andere. Jammern wir zu viel in Deutschland?**

**Stockhausen:** Das kann man so pauschal nicht sagen, weil wir in Deutschland gerade tatsächlich erhebliche strukturelle Probleme haben und zusätzlich mit einer Weltlage konfrontiert sind, die pessimistisch nach vorn blicken lässt. Allerdings ist die Kritik, dass wir manches zu pessimistisch einschätzen, nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Umfragen zeigen, dass wir die persönliche wirtschaftliche Lage meistens viel besser einschätzen als die allgemeine wirtschaftliche Situation.

**Niehues:** Diese pessimistischere Sicht auf die Gesellschaft konnte man auch schon in den Umfragen vor der Coronapandemie sehen. Damals war jedoch der Blick auf die eigene Lage und die Erwartungen zur Zukunft sehr positiv. Zuletzt haben in unseren Umfragen mehr Menschen

angegeben, eher schlecht mit ihrem Einkommen zurechtzukommen.

**Stockhausen:** Ich könnte mir vorstellen, dass auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt die Zukunftssorgen der Menschen vergrößert. Für eine Einschätzung ist dabei immer auch die Frage wichtig, inwieweit ich als Einzelner Kontrolle über mein Leben habe. Schaut man auf die schwierige Lage für die exportorientierte deutsche Wirtschaft durch Kriege, geopolitische Spannungen und neue Zollbarrieren, muss man anerkennen, dass der persönliche Einfluss sehr gering ist.

**Aktuell werden in den Koalitionsverhandlungen die politischen Weichen für die kommenden Jahre gestellt, dabei geht es auch um notwendige Entlastungen der Steuerzahler. Mit Blick auf Ihre Forschungsergebnisse: Welchen Kurs sollte die künftige Bundesregierung einschlagen?**

**Stockhausen:** Es sollte vor allem darum gehen, dass die Menschen nicht noch weniger netto haben. Angesichts des demografischen Wandels kommen in den nächsten Jahren immer neue Belastungen aus den Sozialversicherungen auf die Beschäftigten und ihre Arbeitgeber zu. Es gibt Modellrechnungen, in denen wir im Jahr 2035 bei einer Beitragssatzbelastung von insgesamt

mehr als 50 Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmer landen; aktuell sind es knapp 42 Prozent. Hinzu kommen wachsende Zinsverpflichtungen im Bundeshaushalt durch die neuen Schuldenaufnahmen. Ich sehe die Gefahr, dass man die jungen und mittelalten Haushalte in Zukunft finanziell überfordert. Da sollte die Koalition ein Auge drauf haben, doch zu solchen Überlegungen hört man relativ wenig.

**Niehues:** Wir sehen in unseren Umfragen auch, dass viele Menschen den Eindruck haben, dass das Verhältnis von staatlichen Abgaben zu dem, was sie dafür bekommen, nicht mehr richtig passt.

**Mit der Aufnahme neuer Schulden sollen doch die Verteidigungsfähigkeit verbessert und die Wirtschaft angekurbelt werden ...**

**Stockhausen:** Richtig, und das kann letztlich auch auf die Haushaltseinkommen einzahlen. Aber nur, wenn dadurch zusätzliches Wirtschaftswachstum erzeugt und langfristig sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gesichert wird: Denn das größte Armutsrisiko ist und bleibt die Erwerbslosigkeit. Werden die Milliardenbeträge jedoch nur verkonsumiert, werden die zukünftigen Belastungen für die jüngeren Generationen ungleich höher ausfallen.

# Zu viel des Guten

**Datenmarkt.** DSGVO, Datengesetz, AI Act und weitere Verordnungen: Die EU reguliert das digitale Geschehen stark. Viele europäische Unternehmen fühlen sich dadurch im globalen Wettbewerb benachteiligt. Wie sehr Regulierungen das Geschäft im digitalen Raum tatsächlich beeinflussen, hat das IW untersucht.

„The US innovates, the EU regulates“ – mit diesem oft zitierten Satz beschrieb das internationale Wirtschaftsmagazin „Forbes“ im Jahr 2024 die im internationalen Vergleich zahlreichen regulatorischen Maßnahmen der EU, vor allem im digitalen Bereich.

Die Aussage kommt nicht von ungefähr: Bereits 2016 trat die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in der EU in Kraft, um personenbezogene

Daten zu schützen. 2022 verabschiedete die EU das Gesetz über digitale Märkte und das Gesetz über digitale Dienste, um den fairen Wettbewerb auf digitalen Plattformen sicherzustellen und die Verbreitung illegaler Inhalte einzuschränken. Weitere Regulierungen folgten: Das Daten-Governance-Gesetz und das Datengesetz, die Mitte 2023 beziehungsweise 2024 in Kraft traten, sollen einen digitalen europäischen

Binnenmarkt schaffen und den fairen Zugang zu Daten sicherstellen. Und im vergangenen Jahr kam mit dem AI Act noch ein Gesetz zum Umgang mit künstlicher Intelligenz hinzu.

Alle diese Gesetze und Verordnungen sollen Nutzerrechte stärken und verhindern, dass große Digitalkonzerne wie Meta oder Amazon ihre Marktmacht missbrauchen. Das ist grundsätzlich richtig und wichtig – allerdings kommen gleichzeitig die in Europa verkauften digitalen Güter und Dienstleistungen oftmals von anderen Kontinenten.

Dort regulieren viele Länder ihre digitalen Märkte deutlich weniger, wie eine Analyse der OECD zeigt (Grafik Seite 7):

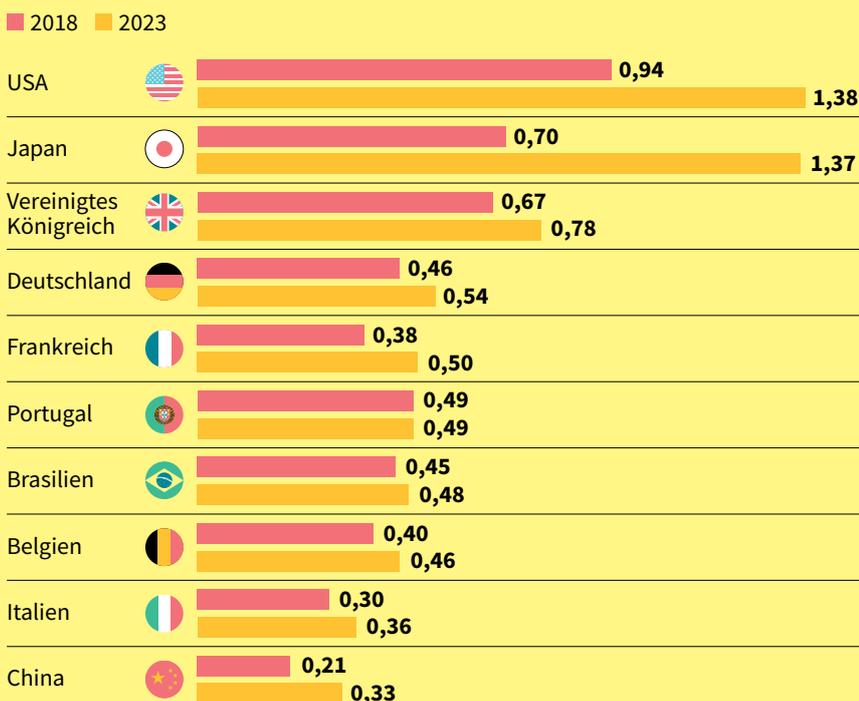
**Auf einer Skala von 0 (hohe Regulierung) bis 6 (geringe Regulierung) erreichten die digitalen Märkte in den EU-Ländern im Jahr 2024 Werte zwischen 0,7 und 1,1 – jene in Japan und den USA dagegen einen Wert von 4,0 beziehungsweise 4,7.**

Mittlerweile ist die digitale Regulierung in den Staaten der Europäischen Union sogar etwas höher als in China. Im Jahr 2018 war das Reich der Mitte noch der einzige Staat, der bereits ein stark reguliertes digitales Umfeld hatte.

Europäische Unternehmen mit digitalen Geschäftsmodellen könnten durch die umfangreichen Vorschriften im globalen Wettbewerb benachteiligt sein – zulasten der Innovationsfähigkeit. Inwiefern eine

## Datenmarkt: Europa wächst langsamer

So viel Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts dieser Länder entfielen auf den Datenmarkt

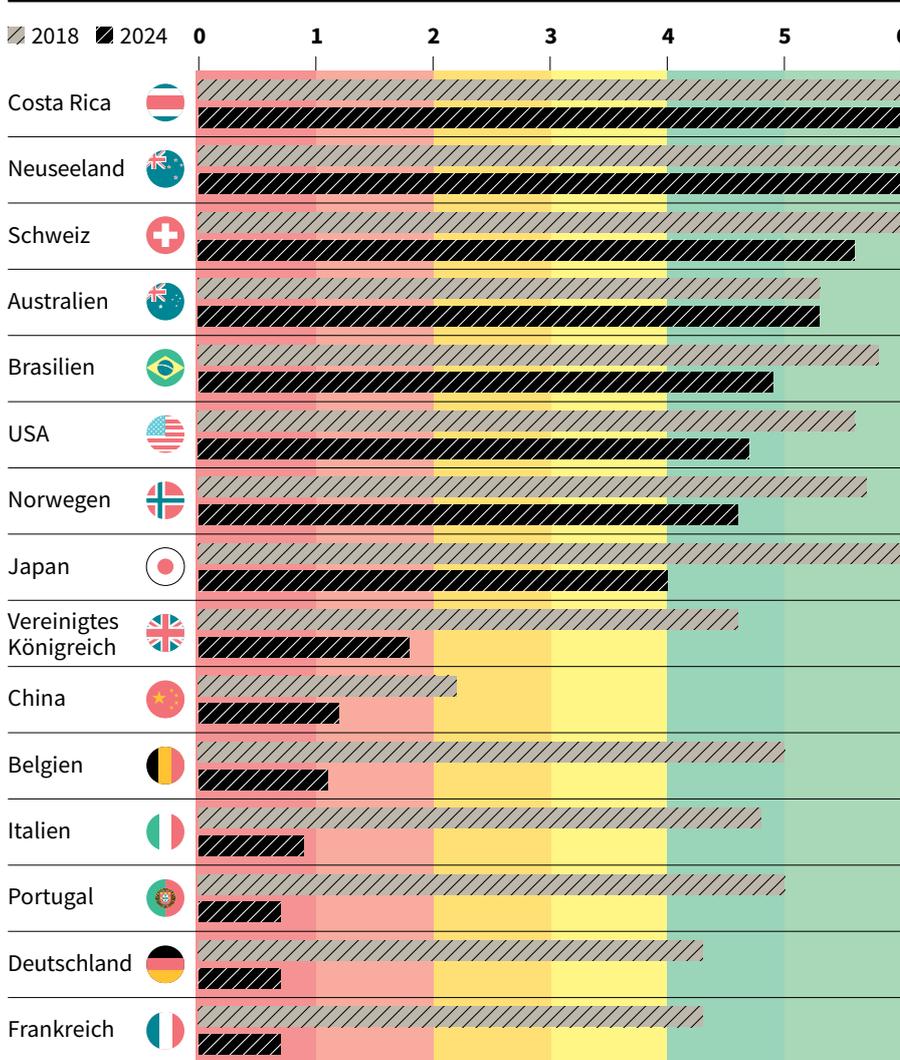


Datenmarkt: Geschäfte mit datenbasierten Produkten und Dienstleistungen; China: Wert für 2019 statt 2018  
Quellen: International Data Corporation, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

## Digitale Märkte: Von frei bis stark reguliert

Die OECD bewertet das Ausmaß der Regulierung digitaler Märkte in 47 Staaten anhand von fünf Kriterien: Wettbewerb, Zusammenschlusskontrolle, fairer Handel, Bestreitbarkeit von Märkten sowie Nutzung von und Zugang zu Daten.

Durchschnittswert in ausgewählten Ländern auf einer Skala von 0 (hohe Regulierung) bis 6 (geringe Regulierung)



Stand jeweils 1. Januar

Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd



stärkere Regulierung tatsächlich mit schlechteren Geschäften einhergeht, hat das IW untersucht. Dafür verglichen die Forscher die Bedeutung des Datenmarktes – darunter fallen alle Geschäfte mit datenbasierten Produkten und Dienstleistungen – für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Länder mit dem jeweiligen Regulierungsniveau. Die Ergebnisse:

Bereits im Jahr 2018 spielte der Datenmarkt in den Vereinigten

Staaten – mit nahezu 1 Prozent des BIP – oder in Japan (0,7 Prozent) eine deutlich größere Rolle als in den meisten EU-Ländern. In Deutschland beispielsweise machte die digitale Wirtschaft nur knapp 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Noch darunter lag zu diesem Zeitpunkt China mit gut 0,2 Prozent.

Noch bemerkenswerter war allerdings die Entwicklung in den darauffolgenden fünf Jahren – in

vielen EU-Staaten wuchs der Datenmarkt tatsächlich langsamer als in den Hauptwettbewerbsländern:

**Während der Anteil des Datenmarkts am BIP zwischen 2018 und 2023 in den USA und China um gut 47 beziehungsweise knapp 59 Prozent zulegte und sich in Japan fast verdoppelte, betrug das Wachstum in Deutschland gerade einmal rund 18 Prozent.**

In vielen weiteren EU-Ländern wie Spanien, Belgien, Italien, Griechenland, Dänemark oder den Niederlanden wuchs der Anteil um 9 bis 20 Prozent und damit in ähnlichem Maße wie in Deutschland; in Portugal stagnierte er sogar.

Eine starke Regulierung tritt also offenbar gleichzeitig mit einem im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft geringeren Wachstum des Datenmarktes auf. Zwar ist dieser Zusammenhang nicht unbedingt kausal, zu denken geben sollte er dennoch.

Was heißt das für die EU? Grundsätzlich bleibt Regulierung für die Staatengemeinschaft notwendig, um Marktmissbrauch zu verhindern und die Verbraucher zu schützen. Ein überbordender oder sehr komplexer Gesetzesrahmen kann jedoch dazu führen, dass europäische Unternehmen im globalen Digitalwettbewerb weiter zurückfallen. Die EU muss daher einen Mittelweg finden, der sowohl den fairen Wettbewerb sichert als auch Innovationen ermöglicht. Ein erster Ansatzpunkt könnte sein, die bestehenden Digitalregulierungen regelmäßig und in kurzen Zeitabständen in ihrer Wirkung zu prüfen – und dann zu ändern, falls die Gesetze innovationshemmend wirken oder andere, nicht beabsichtigte Folgen haben.

### Aus IW-Trends 1/2025

Christian Rusche: Auswirkungen der Regulierung digitaler Märkte

# Mehr Risiko als Chance

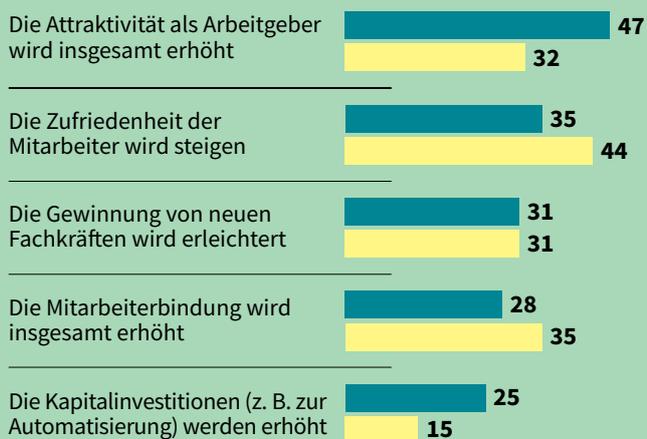
**Viertagewoche.** Seit geraumer Zeit wird in Deutschland über die Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich diskutiert. Valide wissenschaftliche Erkenntnisse zu dem Modell gibt es aber bislang kaum. Eine repräsentative Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt nun, dass die Unternehmen durch die Arbeitszeitverkürzung deutlich mehr negative als positive Auswirkungen erwarten.

## Viertagewoche: Unternehmen sehen Vor- und Nachteile

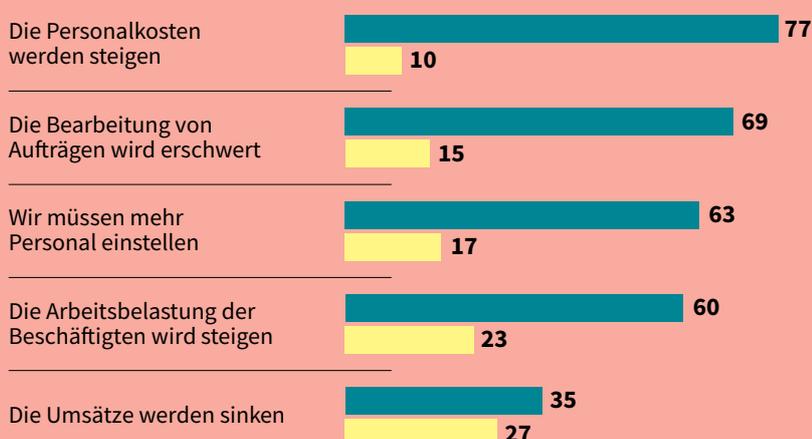
Mit diesen Auswirkungen für sich rechnen Unternehmen in Deutschland bei der Einführung einer Viertagewoche

■ stimme (eher) zu    ■ teils, teils

### Positive Auswirkungen



### Negative Auswirkungen



Rest zu 100: stimme (eher) nicht zu, weiß nicht  
Befragung von 832 Unternehmen im Frühjahr 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Eine moderne und produktive Arbeitswelt erhoffen sich die einen, vor einem noch größeren Arbeitskräftemangel fürchten sich die anderen – die Diskussion um die Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich wird in Deutschland kontrovers geführt. Oftmals hilft in solchen Situationen der Blick auf empirische Untersuchungen. Doch bislang gibt es nur Befragungen zur Beliebtheit des Modells unter Beschäftigten sowie Ergebnisse von Pilotprojekten, die allerdings keine repräsentative Aussagekraft haben.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat diese empirische Lücke nun geschlossen. Die Forscher befragten in ihrem Personalpanel im Frühjahr 2024 mehr als 800 Unternehmen aus allen Branchen zu ihrer Sicht auf die Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich.

Acht von zehn der befragten Personalverantwortlichen gaben an, dass sie sich über die Viertagewoche entweder noch nicht informiert hätten oder nach der Beschäftigung mit dem Thema sicher seien, die Viertagewoche nicht in eigenen Unternehmen einzuführen.

Nur gut 6 Prozent der Unternehmen haben das Modell eingeführt oder testen es derzeit. Etwas höher ist der Anteil der Betriebe mit Viertagewoche im Handwerk mit 9 Prozent sowie in Unternehmen mit

einem hohen Digitalisierungsgrad, wo sie knapp 14 Prozent der Betriebe praktizieren.

Die Personaler sollten in der IW-Befragung außerdem angeben, welche (potenziellen) positiven und negativen Auswirkungen sie für sich bei der verpflichtenden Einführung der Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich sehen. Die Nachteile überwiegen aus Sicht der Unternehmen (Grafik Seite 8):

**77 Prozent der Unternehmen rechnen damit, dass durch die Viertagewoche die Personalkosten steigen würden.**

Das deckt sich damit, dass 63 Prozent davon ausgehen, durch das Modell mehr Personal einstellen zu müssen. Außerdem erwartet die Mehrheit eine erschwerte Bearbeitung von Aufträgen sowie eine höhere Arbeitsbelastung für die Angestellten.

Zu den positiven Auswirkungen sagt knapp die Hälfte der Unternehmen, dass durch die Viertagewoche die eigene Attraktivität als Arbeitgeber steigen würde. Eine höhere Mitarbeiterzufriedenheit und eine leichtere Gewinnung von Fachkräften erwartet jeweils etwa ein Drittel.

Bemerkenswert ist, dass nur 6 Prozent der befragten Personalverantwortlichen davon überzeugt sind, dass eine steigende Produktivität der Beschäftigten aufgrund der Viertagewoche die Arbeitszeitverkürzungen ausgleichen könne. Das spiegelt sich auch in den allgemeinen Wirtschaftsdaten wider: Das Produktivitätswachstum betrug in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland preisbereinigt im Jahresschnitt nur 0,8 Prozent. Um die Arbeitszeitverkürzung durch eine Viertagewoche zu kompensieren, bräuhete es das kumulierte Produktivitätswachstum von 30 Jahren – in denen es zusätzlich dann auch keine Reallohnsteigerungen geben dürfte.

## Viertagewoche: Stabilität in Gefahr

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland stimmen (eher) der Aussage zu, dass eine gesetzliche oder tarifliche Verkürzung der Arbeitszeit auf vier Tage pro Woche diese negativen Folgen für die deutsche Wirtschaft hätte

Das Arbeitsvolumen der gesamten Wirtschaft könnte nicht mehr bewältigt werden

71

Die (internationale) Wettbewerbsfähigkeit würde insgesamt leiden

69

Die Flexibilität der deutschen Wirtschaft würde insgesamt verringert

62

Die Viertagewoche gefährdet den Wohlstand in Deutschland

60

Die Viertagewoche hätte in kurzer Frist positive Effekte, aber langfristig eher negative Auswirkungen

46

Befragung von 832 Unternehmen im Frühjahr 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Für die Gesamtwirtschaft rechnen noch weniger Personalverantwortliche mit positiven Effekten bei einer flächendeckenden Viertagewoche:

**Nur 17 Prozent der Unternehmen erwarten, dass sich der Krankenstand in Deutschland durch das Modell verringern würde.**

Gerade einmal jeder zehnte Betrieb hält die deutsche Wirtschaft für anpassungsfähig genug, um alle Herausforderungen zu meistern, die die generelle Viertagewoche mit sich bringen dürfte.

Deutlich größer sind die Sorgen (Grafik):

**Sieben von zehn Unternehmen sind der Meinung, dass mit einer flächendeckenden Viertagewoche das Arbeitsvolumen der gesamten Wirtschaft nicht mehr zu stemmen wäre.**

Fast genauso viele Betriebe erwarten, dass sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands durch die Arbeitszeitverkür-

zung verringern würde. Dadurch, dass die Bundesrepublik bereits heute zu den exportorientierten Ländern mit den höchsten Lohnstückkosten zählt, wäre die verkürzte Arbeitszeit bei gleichem Lohn ein zusätzlicher Belastungsfaktor.

**60 Prozent der Unternehmen sehen sogar den Wohlstand in Deutschland insgesamt durch eine gesetzlich oder tariflich festgelegte Viertagewoche gefährdet.**

Die IW-Studie zeigt, dass eine Viertagewoche zwar in einzelnen Branchen und Bereichen einen positiven Effekt haben könnte. In den meisten Unternehmen – und damit auch in der gesamten deutschen Wirtschaft – dürfte die undifferenzierte Einführung einer auf vier Tage verkürzten Arbeitswoche aber großen Schaden anrichten.

### IW-Report 14/2025

Thomas Schleiermacher, Holger Schäfer: Die 4-Tage-Woche in der deutschen Wirtschaft

# Deutschlands süße Seite

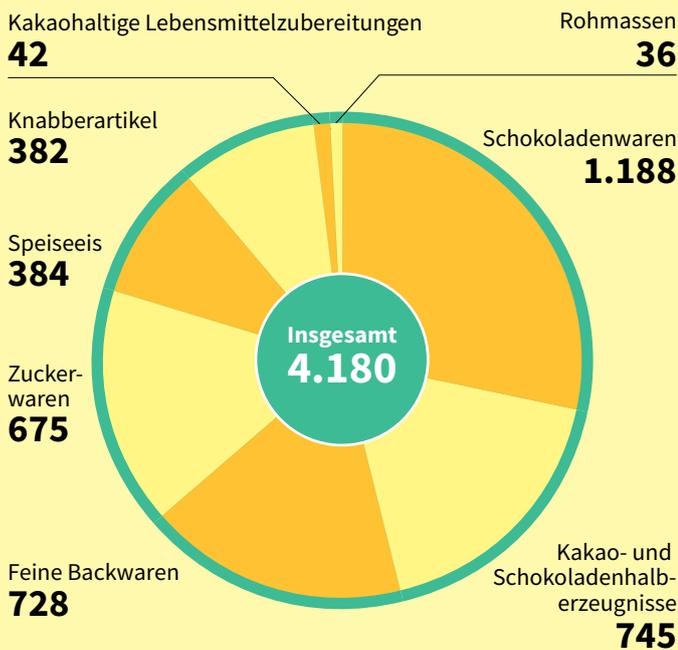
**Süßwarenbranche.** In Deutschland gehen jährlich tonnenweise Schokolade, Kekse und Chips vom Band und landen im heimischen Supermarktregal oder im Ausland. Die deutschen Hersteller von Süßwaren und Knabberartikeln hatten im vergangenen Jahr aber zu kämpfen.

Ob klassische Süßwaren, proteinreiche Schokokekse, gefriergetrocknete Früchte, herzhafte Knabberereien oder knusprige Snacks aus Hülsenfrüchten – das Portfolio deutscher Süßwarenhersteller ist groß. Ebenso wie ihre Produktionsmengen: Die deutsche Süßwarenindustrie stellte nach Schätzungen des Bundesverbands der Deutschen Süßwarenindustrie (BDSI) im Jahr 2024 rund 4,2 Millionen Tonnen Süßwaren her. Das waren dennoch etwa 2,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Hohe Energiepreise und gestiegene Einkaufspreise für Kakao machten den hiesigen Produzenten zu schaffen.

Auch im Exportgeschäft mussten sie Einbußen hinnehmen: Insgesamt exportierte die deutsche Süßwarenindustrie schätzungsweise 2,5 Millionen Tonnen Süßwaren – ein Rückgang von 0,6 Prozent gegenüber 2023. Der Umsatz mit den exportierten Waren stieg allerdings um fast 17 Prozent auf rund 14,3 Milliarden Euro. Mehr als 80 Prozent aller Süßwarenausfuhren blieben in die EU. Der größte Abnehmer war Polen: Im Jahr 2024 gingen nach Schätzungen des Statistischen Bundesamts Süßwaren im Wert von 1,2 Milliarden Euro an unsere polnischen Nachbarn. Größere Mengen

## Süßwareinindustrie: Breite Produktpalette

So viele 1.000 Tonnen Süßwaren produzierte Deutschland im Jahr 2024

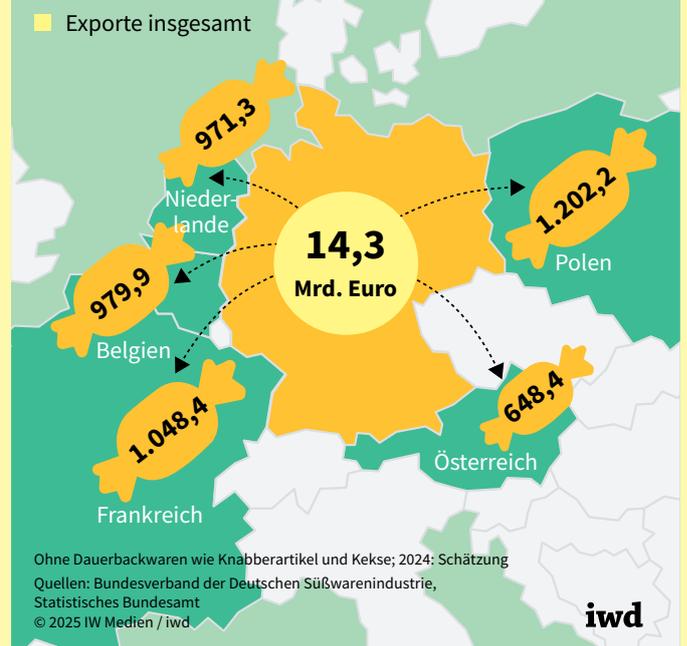


Kakao- und Schokoladenhalberzeugnisse: Kakaomasse, Kakaopulver und Kakaoglasur; Zuckerwaren: beispielsweise Bonbons, Lakritze, kandierte Früchte und gebrannte Mandeln; Ohne kakaohaltige Brotaufstriche; 2024: Schätzung

Quelle: Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie © 2025 IW Medien / iwd

## Exporte: Deutsche Süßwaren bei Nachbarn beliebt

Für so viele Millionen Euro exportierte Deutschland im Jahr 2024 Süßwaren in diese Länder



deutscher Süßwaren landeten auch im Vereinigten Königreich, in den USA und Kanada.

Doch wie naschen eigentlich die Bundesbürger? Eine BDSI-Umfrage zeigt: 33 Prozent der Verbraucher bevorzugen eher „süße“ Naschereien, während sich 23 Prozent eher als „salzige“ Snacker bezeichnen; 44 Prozent mögen sowohl süße als auch salzige Leckereien.

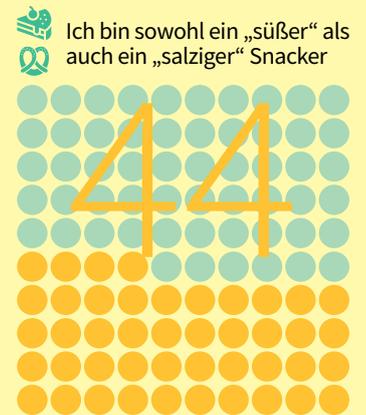
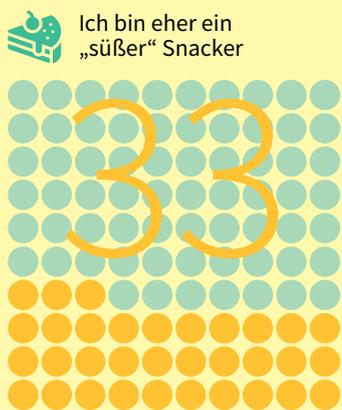
Kurz vor Ostern sind vor allem Schoko-Osterhasen beliebt: Rund 240 Millionen dieser süßen Figuren wurden

im Jahr 2024 in Deutschland hergestellt – knapp die Hälfte blieb im Inland.

Zwar sind Naschereien hierzulande günstig. Deutschland hat aber 2024 erstmals seit 14 Jahren seinen Status als „Süßwaren-Billigland“ Europas an Frankreich verloren. Ein Warenkorb ausgewählter Süßigkeiten kostete in Frankreich zuletzt mit rund 29 Euro am wenigsten – die gleichen Süßigkeiten waren in der Schweiz mit fast 48 Euro am teuersten.

## So nascht Deutschland

in Prozent



Befragung von 1.041 Verbrauchern im August 2024  
Quelle: Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie  
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

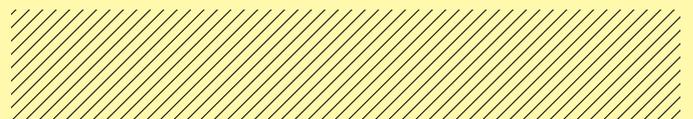
### Ostern: Wohin der Hase läuft

So viele Millionen Schoko-Osterhasen wurden im Jahr 2024 in Deutschland hergestellt



Quelle: Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie  
© 2025 IW Medien / iwd

iwd



### Was Europas Leckermäuler zahlen müssen

So viel Euro kostete ein Warenkorb ausgewählter Süßwaren im Oktober 2024



Frankreich	28,92
Deutschland	31,96
Niederlande	32,10
...	
Europa-21	37,05
...	
Dänemark	43,26
Norwegen	46,25
Schweiz	47,57

Europa-21: Durchschnitt der 21 untersuchten europäischen Länder

Quellen: NielsenIQ, Sweet Global Network  
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

# Teurer Patient

**Pflegeversicherung.** Die Kosten für die ambulante und stationäre Pflege sind in Deutschland stark gestiegen. Zugleich gibt es für immer mehr Pflegefälle immer weniger Fachkräfte. Die Politik muss die demografischen Herausforderungen im Pflegesektor angehen – etwa durch die Förderung digitaler Innovationen, die das Pflegepersonal entlasten.

Wenn Menschen pflegebedürftig werden, ist das für die Angehörigen nicht nur emotional eine große Belastung. Auch die organisatorischen Herausforderungen sind groß – zum Beispiel wenn es darum geht, den passenden Pflegedienst oder einen Platz in einer stationären Einrichtung zu finden.

Die soziale Pflegeversicherung (SPV) hilft zu verhindern, dass ein Pflegefall für die Betroffenen auch noch zur übermäßigen finanziellen Belastung wird. Allerdings droht die SPV zunehmend selbst zum Patienten zu werden. So ist die Zahl der zu versorgenden Personen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen:

**Allein von 2015 bis 2023 hat sich die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland auf fast 5,7 Millionen verdoppelt.**

Eine Abflachung des Trends ist nicht zu erwarten – im Gegenteil, schließlich kommt die große Bevölkerungsgruppe der Babyboomer in etwa zehn bis 15 Jahren in ein Alter, in dem das Pflegefallrisiko signifikant steigt.

Die immer höheren Pflegefallzahlen sind eine wesentliche Ursache für erhebliche Ausgabensteigerungen (Grafik):

**Von weniger als 17 Milliarden Euro im Jahr 2000 legten die Ausgaben der sozialen Pflegever-**

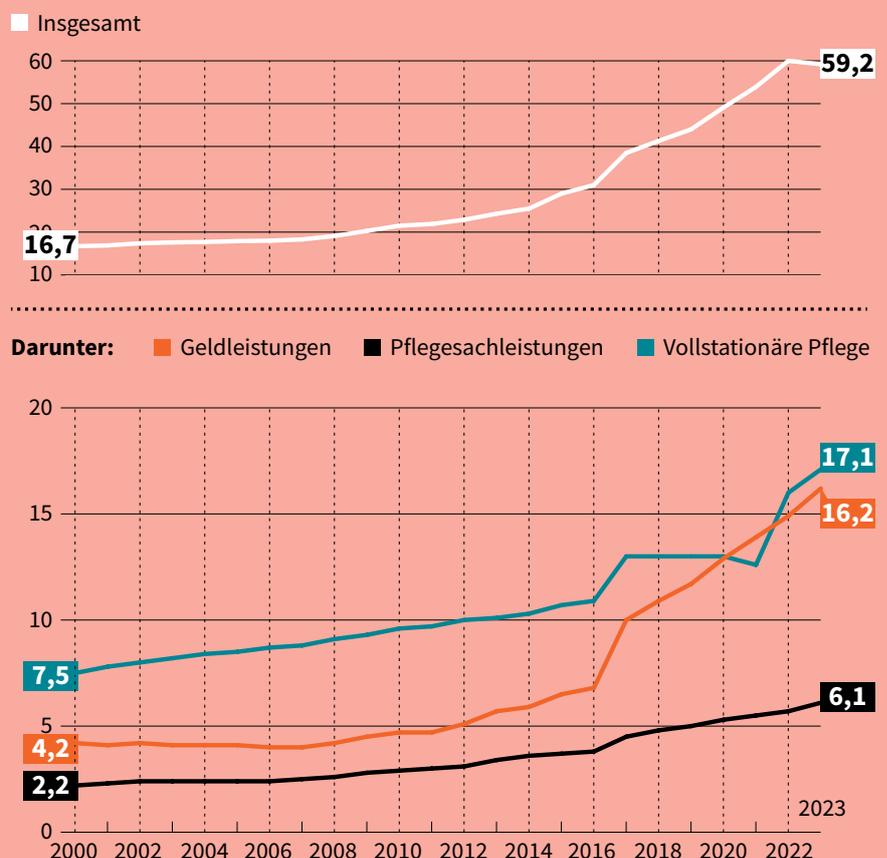
**sicherung bis zuletzt auf etwa 60 Milliarden Euro zu.**

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich die SPV auf eine langfristig tragfähige Basis stellen

lässt. Die in der Politik diskutierten Reformen zielen vornehmlich darauf ab, die Einnahmen zu steigern – indem der Kreis der Beitragszahler erweitert und/oder die Bemessungs-

## Pflege kostet immer mehr

Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung in Deutschland in Milliarden Euro



2017: Erweiterung des Pflegebegriffs um demenzielle Erkrankungen  
 Vollstationäre Pflege: ohne Behinderteneinrichtungen, Verhinderungs- oder Kurzzeitpflege  
 Quelle: Bundesministerium für Gesundheit  
 © 2025 IW Medien / iwd

grundlage zum Beispiel auf Kapitalerträge der Versicherten ausgedehnt wird. Beides würde aber nicht verhindern, dass die Kosten weiter steigen. Dann wären jedoch erneute Anhebungen der Beitragssätze zur SPV unvermeidbar – die die Steuerzahler und die ohnehin krisengebeutelte deutsche Wirtschaft zusätzlich belasten würden.

Die Politik sollte daher lieber die bisherigen Leistungen auf den Prüfstand stellen – so wird bislang nicht hinterfragt, ob die Bezieher von Pflegegeld tatsächlich finanzielle Unterstützung benötigen.

Für ein auf Dauer tragfähiges Pflegesystem reicht das jedoch nicht aus. Vielmehr ist ein stärkerer Fokus auf die demografischen Herausforderungen geboten. Denn nicht nur die Zahl der Pflegefälle steigt, es drohen auch zunehmende Engpässe auf der Personalseite, wie die Pflegekräftevorausberechnung des Statistischen Bundesamts zeigt. Das gilt auch bei optimistischen Annahmen – wie jener, dass Männer, deren Anteil an allen Pflegekräften wächst, ihre Arbeitszeit weniger stark reduzieren als Frauen, wenn sie eine Familie gründen (Grafik):

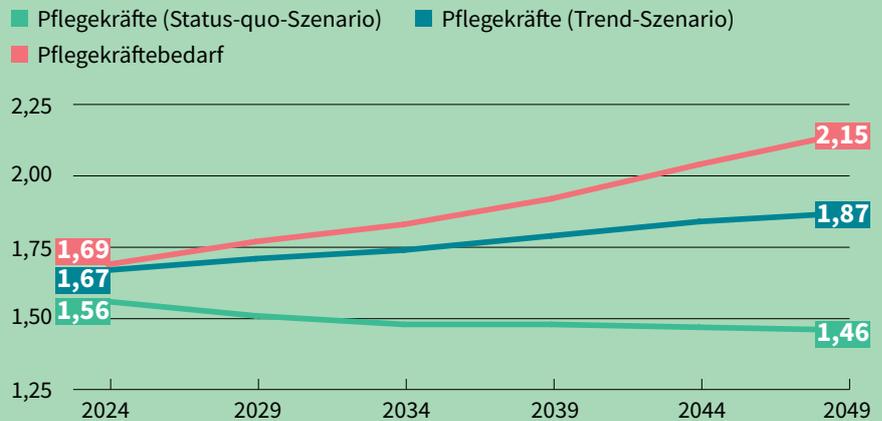
**Selbst im optimistischen Szenario dürfte die Zahl der erwerbstätigen Pflegekräfte bis zum Jahr 2049 nur leicht auf knapp 1,87 Millionen steigen, während dann 2,15 Millionen Pflegerinnen und Pfleger benötigt würden.**

In einem pessimistischeren Szenario ergibt sich sogar eine Differenz zwischen dem Bedarf und der Verfügbarkeit an Pflegekräften von gut 690.000 Personen.

Die unerfreulichen Prognosen hängen zum einen damit zusammen, dass bereits heute rund ein Viertel der Beschäftigten in der Pflege im letzten Jahrzehnt ihrer Erwerbsphase steht und annähernd 40 Prozent 50 Jahre oder älter sind. Zum

### Pflegekräfte: Wachsende Lücke zwischen Angebot und Bedarf

Simulation für Deutschland in Millionen Personen



Pflegekräfte (Status-quo-Szenario): Entwicklung unter der Annahme, dass die Erwerbsbeteiligung in der Pflege in den einzelnen Altersgruppen unverändert bleibt;  
 Pflegekräfte (Trend-Szenario): Fortschreibung der Erwerbsbeteiligung der jüngeren Jahrgänge. Dieses Szenario berücksichtigt zum einen den gestiegenen Anteil männlicher Pflegekräfte, die bei einer Familiengründung ihre Arbeitszeit vermutlich weniger stark reduzieren als Frauen. Zum anderen bildet das Szenario die Anhebung der Regelaltersgrenze ab und unterstellt damit eine längere Erwerbsphase der Pflegekräfte.

Quelle: Statistisches Bundesamt  
 © 2025 IW Medien / iwd

iwd

anderen wird es immer schwieriger, zusätzliche Pflegekräfte zu gewinnen. So haben in den zurückliegenden Jahren vor allem Frauen den Pflegesektor für einen (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt genutzt und maßgeblich dazu beigetragen, dass beispielsweise im ambulanten Bereich die Zahl der Pflegebeschäftigten im Zeitraum von 2001 bis 2023 um 135 Prozent auf knapp 450.000 gestiegen ist. Die inzwischen recht hohen Erwerbsquoten von Frauen legen jedoch nahe, dass dieses Beschäftigungspotenzial weitgehend ausgereizt ist.

Auch die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften, die in den vergangenen Jahren zu einer immer wichtigeren Stütze des Pflegesektors in Deutschland geworden sind, stößt an Grenzen – nicht zuletzt deshalb, weil vor allem Pflegekräfte aus Osteuropa zunehmend in ihren Heimatländern benötigt werden. Denn auch dort altert die Bevölkerung.

Um die Versorgung der Pflegebedürftigen trotz der absehbaren Personalengpässe sicherzustellen, muss die Politik den Pflegesektor zügig und umfassend von bürokratischen Vorschriften entlasten – beispielsweise gilt es, Dokumentationspflichten und starre Vorgaben für den Personaleinsatz zu reduzieren.

Nicht zuletzt sollte die Politik gesetzliche Bestimmungen – etwa die komplexen Regeln zu abrechenbaren Investitionskosten – ändern, die die Pflegeeinrichtungen und -dienste bislang davon abhalten, stärker in digitale Innovationen, den Einsatz von Pflegerobotern oder die Telepflege zu investieren.

**Gutachten**

Jochen Pimpertz, Ruth Maria Schüler: Anforderungen an ein zukunftsfähiges Pflegewesen, Gutachten für den bpa – Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V.



# Am Bedarf vorbei

**Infrastruktur.** In den meisten Kommunen müssen Bauträger beim Bau neuer Wohnimmobilien eine bestimmte Zahl an Pkw-Stellplätzen schaffen. Der tatsächliche Bedarf ist allerdings häufig ein ganz anderer als der vorgeschriebene.

Ein Parkplatz direkt vor der Haustür – besonders in Städten bisweilen ein unerfüllter Traum. Das zeigt eine neue IW-Befragung (Grafik):

**Rund ein Viertel der Befragten aus den sieben größten deutschen Städten schätzt die Parkplatzsituation in ihrem jeweiligen Wohnumfeld als sehr angespannt bis unmöglich ein.**

Als entspannt beurteilen nur 18 Prozent von ihnen die Situation. Die Umgebung abends nicht lange nach einer Parklücke absuchen zu müssen, wäre daher generell vielen Menschen einiges wert, wie die Befragung zeigt:

**Je nach individueller Situation sind Wohnungssuchende bereit, zwischen 13 und 48 Prozent des Immobilienkaufpreises oder der monatlichen Wohnungsmiete für einen Stellplatz zu bezahlen.**

Vor allem in ländlichen Regionen stellt die Parkplatzsuche deutlich seltener ein Problem dar, 56 Prozent der dortigen Bewohner empfinden die Situation als entspannt. Es ist zudem davon auszugehen, dass die Autofahrer Parkmöglichkeiten an diesen Orten häufig als selbstverständlich ansehen und Wohnangebote ohne solche Optionen von vornherein erst gar nicht in Betracht ziehen, auch wenn die Alternative teurer ist. Diese Vorauswahl ist einer der

Gründe für die hohe ermittelte Zahlungsbereitschaft.

Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen sowie die große Spannweite bei der Zahlungsbereitschaft machen deutlich, dass es hinsichtlich des Baus und der Bereitstellung von Parkplätzen keine Patentlösung gibt. Die IW-Untersuchung zeigt auch, dass es für Wohnungssuchende eher nachrangig ist, ob sie einen eigenen Stellplatz oder ausreichend öffentliche Parkplätze im Wohnumfeld haben – Hauptsache, das Auto steht in der Nähe. Zudem nimmt die Zahlungsbereitschaft für einen zweiten Stellplatz deutlich ab. Beides heißt für Neubausprojekte vor allem eines: Die dazugehörigen Parkplatzkonzepte sollten bedarfsgerecht geplant werden.

In den meisten Kommunen verhindern festgelegte Schlüssel ein solches Vorgehen. Bauträger müssen abhängig von der Anzahl der Wohnungen oder den Quadratmetern Wohnfläche für eine bestimmte Zahl von Pkw-Stellplätzen sorgen, wenn sie neue Wohnimmobilien errichten.

**Diese starren Vorgaben sind allerdings nicht ausreichend nach dem Standort der Gebäude sowie den Bedürfnissen der Bewohner differenziert.**

Der tatsächliche Bedarf ist häufig ein ganz anderer als der vorgeschriebene. So entstehen Stellplätze, die

niemand braucht. Das treibt die Kosten und den Flächenverbrauch unnötig in die Höhe.

Bislang haben mit Berlin, Hamburg und Niedersachsen nur drei Bundesländer die Stellplatzpflicht abgeschafft. Dabei wäre der sinnvollere Weg, statt der starren Bauverordnung den knappen öffentlichen Parkraum angemessen zu bepreisen und flexible Parkkonzepte zu entwickeln, sodass die Kosten für einen Parkplatz generell nicht von der Allgemeinheit getragen werden müssen, sondern von demjenigen, der ihn nutzt. Schließlich offenbart die IW-Studie eine grundsätzliche Bereitschaft für bezahltes Anwohnerparken in der Bevölkerung.

Darüber hinaus kann die Politik durch bessere ÖPNV- und Sharing-Angebote sowie mehr Raum für Fahrräder ihren Teil dazu beitragen, den Bedarf an Stellplätzen dauerhaft zu reduzieren. Denn die Befragung zeigt auch: Einen guten Nahverkehr wissen Wohnungssuchende sowohl in der Stadt als auch auf dem Land zu schätzen – im Schnitt war den Befragten eine sehr gute Bus- und Bahnanbindung sogar wichtiger als ein eigener Parkplatz.

#### Gutachten

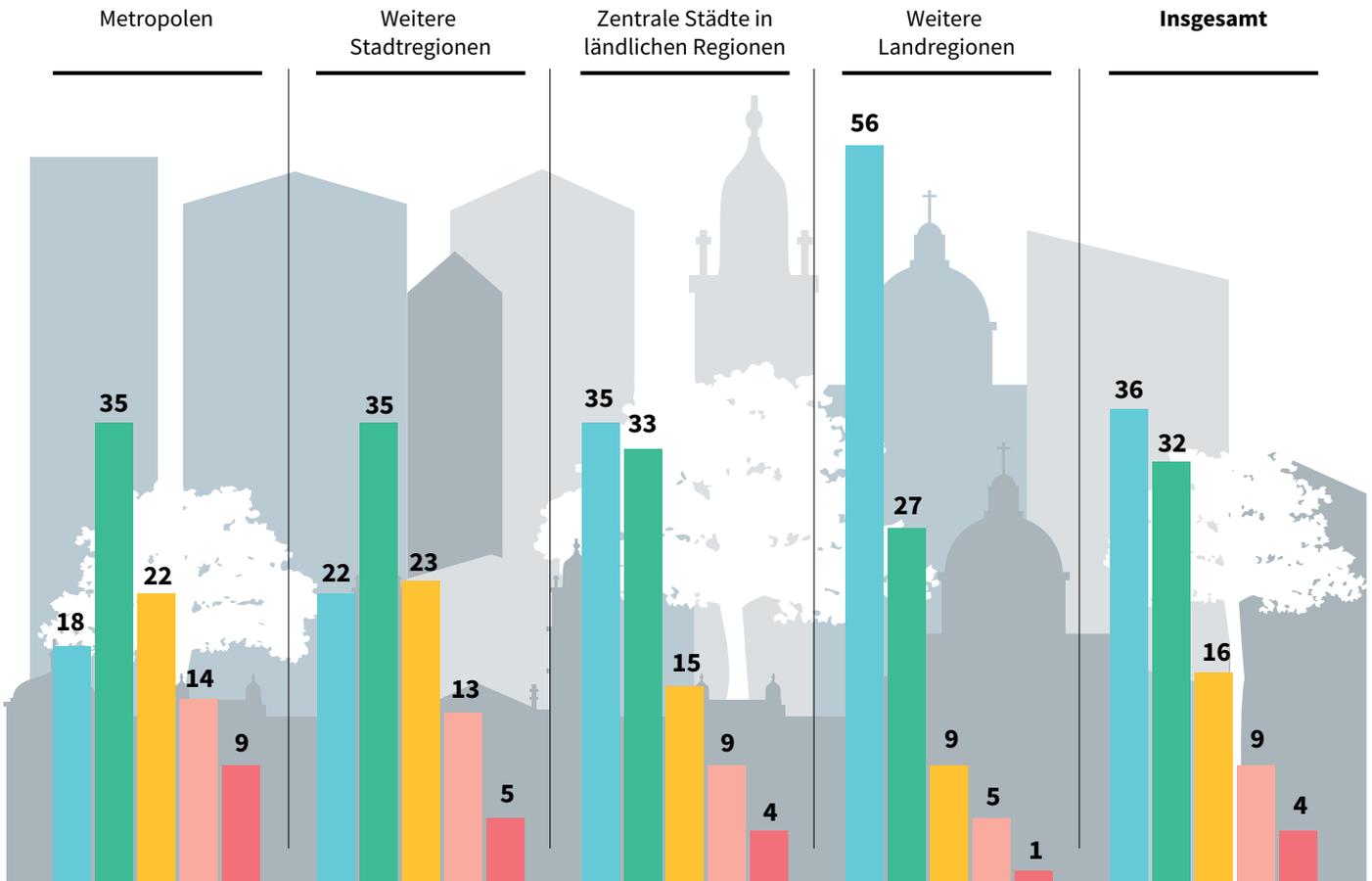
Christian Oberst: Entscheidungsfaktor private PKW-Stellplätze bei der Wohnungswahl



## Öffentliche Parkplätze: Vor allem in Großstädten ein Problem

So viel Prozent der Bundesbürger, die sich den Kauf einer Immobilie vorstellen können und/oder in den nächsten zehn Jahren umziehen wollen, schätzen die öffentliche Parkplatzsituation in ihrem aktuellen Wohnumfeld so ein

■ Entspannt ■ Gemäßigt ■ Angespannt ■ Sehr angespannt ■ Unmöglich



Befragung von 1.630 Personen, die sich den Kauf einer Immobilie vorstellen können und/oder in den nächsten zehn Jahren umziehen wollen, im Frühjahr 2024  
 Rest zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe; Metropolen: Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main, Düsseldorf und Stuttgart

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2025 IW Medien / iwd



### Impressum

**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland  
**Redaktionsleiter:** Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** €13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Wartich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



**Zahl der Woche**


**1.670.000**

Menschen in Deutschland haben laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2024 Elterngeld erhalten – rund 95.000 weniger als im Vorjahr. Damit setzte sich der Abwärtstrend im dritten Jahr in Folge fort: Seit 2021 ist die Zahl der Bundesbürger, die Elterngeld beziehen, insgesamt um mehr als 10 Prozent zurückgegangen. Die wichtigste Erklärung dafür liefert die Geburtenzahl, die im selben Zeitraum um etwa 15 Prozent gesunken ist.

Besonders stark fiel der Rückgang beim Bezug der Sozialleistung unter Männern aus: Nicht nur ist die Zahl der Väter, die das Elterngeld in Anspruch nehmen, 2024 gegenüber dem Vorjahr um knapp 7 Prozent gesunken – auch ihr Anteil an allen Elterngeldbeziehern ging erstmals seit 2015 leicht zurück und liegt nun bei etwa 26 Prozent. Allerdings bestehen große regionale Unterschiede: Während in Sachsen fast jede dritte Person, die Elterngeld bekommt, männlich ist, fällt der Väteranteil im Saarland mit rund 20 Prozent besonders niedrig aus.

Auch in einem weiteren Punkt unterscheiden sich die Geschlechter: Die durchschnittliche Dauer des geplanten Elterngeldbezugs lag 2024 unter Vätern bei knapp vier Monaten, unter Müttern dagegen bei etwa 15 Monaten. Generell nutzen mehr Eltern inzwischen das Elterngeld Plus, um länger von der finanziellen Hilfe zu profitieren. In dieser Variante können sie die Bezugsdauer, bei halbiertem monatlichen Betrag, von 14 auf bis zu 28 Monate strecken.

## Top-Liste: Deutsche Medienlandschaft

An Bertelsmann führt hierzulande kaum ein Weg vorbei: Der Konzern, zu dem auch RTL gehört, ist das mit Abstand größte Medienunternehmen in Deutschland. Sein Umsatz belief sich im Jahr 2023 auf mehr als 20 Milliarden Euro und war damit fast dreimal so hoch wie jener der zweitplatzierten ARD, die auf gut 7 Milliarden Euro kam – wobei die Rundfunkbeiträge die größte Einnahmequelle waren. Das Zweite Deutsche Fernsehen lag mit 2,6 Milliarden Euro Umsatz auf Rang sieben. Weltweit dominieren allerdings amerikanische Firmen die Medienlandschaft. Das Ranking der 100 größten Medienunternehmen führt der US-Konzern Alphabet, zu dem Google gehört, mit einem Umsatz von mehr als 280 Milliarden Euro an. Bertelsmann als größtes deutsches Medienunternehmen erreicht auf der globalen Liste Platz 18, gefolgt von der ARD auf Platz 35 und Axel Springer auf Platz 57.

### Medienunternehmen: Die Top 10 in Deutschland

Umsatz im Jahr 2023 in Milliarden Euro



Bertelsmann, Gütersloh	20,2
ARD, München/Berlin	7,3
Axel Springer, Berlin/Hamburg	4,0
ProSiebenSat.1, Unterföhring	3,9
Georg von Holtzbrinck, Stuttgart	3,6
Hubert Burda Media, Offenburg	3,0
ZDF, Mainz	2,6
Bauer Medien Group, Hamburg	2,2
Ströer, Köln	2,0
Funke Mediengruppe, Essen	1,1

Umsatz ARD und ZDF: hauptsächlich Beitragseinnahmen

Quelle: Institut für Medien- und Kommunikationspolitik

© 2025 IW Medien / iwd

iwd